

Antragssteller: Daniel Schirm, Jens Amerongen, Richard Collings, Jürgen Hans, Junge Liberale Solingen

Unsere Wirtschaft braucht nicht nur Fläche – sondern auch Verkehr

Wir befinden uns aktuell in einer in mehrfacher Hinsicht wirtschaftlich schwierigen Situation. Sowohl die Corona-Pandemie als auch der Angriff Russlands auf die Ukraine hat einen enormen Einfluss auf unsere Wirtschaft und Geldbeutel. In Solingen haben wir außerdem mit wenig verfügbaren Flächen zu kämpfen. Für die FDP Solingen ist dabei klar: Das Gewerbe muss bei der Flächenvergabe angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt sich in ihrem Nachhaltigkeitskonzept dazu verpflichtet hat, ab 2030 keine neuen Flächen im Außenbereich auszuweisen.

Doch das Gegenteil ist aktuell der Fall. So wurden in der Vergangenheit schon Gewerbegebiete zu Wohngebieten umgewidmet und es wird auch darüber debattiert, ob man die Gewerbefläche Buschfeld nicht ebenfalls aufgeben möchte. Das halten wir Freien Demokraten in Solingen für den falschen Weg. Arbeitsplätze vor Ort erhöhen die Lebensqualität, schließlich verliert man so weniger Zeit auf dem Weg zur Arbeit. Außerdem sind kürzere Arbeitswege auch aus klimapolitischer Sicht wünschenswert. Nicht zuletzt erhöhen ansässige Unternehmen den Wohlstand vor Ort, indem sie Jobs anbieten, aber natürlich auch Steuern zahlen – besonders Letzteres ist mit Blick auf den Solinger Haushalt von besonderer Bedeutung.

Diese grundsätzlichen Meinungsunterschiede werden nun in der Diskussion rund um den Erhalt des Kleingartens am Bussche-Kessel-Weg um eine weitere Komponente erweitert: den Verkehr. Die Solinger Politik hat sich dazu entschlossen, den Kleingarten, der eigentlich auf einem Gewerbegebiet steht, zu erhalten. Dieser Entschluss ist uns Freien Demokraten (aufgrund der fehlenden Flächen für Gewerbe in Solingen) nicht leichtgefallen. Doch wir erkennen an: Auch Kleingärten bedeuten Freiheit. Nicht jeder hat einen Balkon oder sogar einen Garten – und gerade in der Corona-Pandemie haben wir gemerkt, wie wichtig es ist, auch mal rauskommen zu können.

Für uns ist aber auch klar: Für die weggefallene Fläche muss es einen Ausgleich geben. Mit Blick auf die aktuelle Debatte, die vorgesehene Fläche für den Anschluss an die A3 dafür zu verwenden und so den Anschluss endgültig zu begraben, müssen wir jedoch hinzufügen: Die Perspektive eines Autobahnanschlusses darf dafür nicht geopfert werden. Denn unsere Wirtschaft braucht nicht nur Fläche, sondern auch Verkehr. Auch für unsere Bürgerinnen und

Bürger wäre der A3-Anschluss ein großer Gewinn. Insbesondere die Anwohner in Aufderhöhe und Merscheid würden von der Entlastung der anliegenden Hauptstraßen immens profitieren. Um das festzustellen, reicht ein Blick auf das tägliche Verkehrschaos in Richtung Langenfeld.

Für eine neue Ausgleichfläche wollen wir die Überlegungen zu einem zentralen Rathaus forcieren. Der marode Gebäudekomplex der Verwaltung auf der Bonner Str. soll mittelfristig abgerissen und das Rathaus entsprechend erweitert werden. Hierbei gilt es zu prüfen, ob man durch z.B. Home-Office Bürofläche einsparen kann. Das freigewordene Gelände an der Bonner Str. soll dann für das Gewerbe zur Verfügung gestellt werden. Wenn dort die Verwaltung in Büros arbeiten kann – können das private Unternehmen auch. Sollte diese Möglichkeit im Laufe des Prüfungsprozesses verworfen werden, wollen wir nach weiteren Ausweichmöglichkeiten suchen.